

## Beratungsergebnis zu Vorlage Nr. 01/015/2019

Kreistag am 08.07.2019

**Zu Punkt 26.2: Klima- und Umweltschutz  
hier: Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe  
PIRATEN**

Landrat Hendele verweist auf den vorliegenden Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den dazu vorliegenden Änderungsantrag der CDU-Fraktion sowie auf den Antrag der Gruppe PIRATEN.

KA Küppers erinnert an seine Bitte, getrennt über die Anträge abzustimmen – beginnend mit dem Antrag seiner Gruppe, da dieser der weitestgehende sei.

KA Schulte empfindet es aufgrund der unterschiedlichen Stoßrichtungen als schwer, die Reichweite der Anträge zu sortieren. Bezüglich des CDU-Antrages kündigt er seine Zustimmung an, da er die im Antrag beschriebene Erweiterung der Vorlagen für den Kreistag und seine Ausschüsse für ein praktikables Verfahren halte. Bezüglich des Antrages der Gruppe PIRATEN zum Klimanotstand äußert er Schwierigkeiten mit der Begrifflichkeit des Klimanotstandes, der juristisch keinerlei Relevanz habe. Sehr wohl sei die Ausrufung des Klimanotstandes in vielen Städten derzeit eine gängige Praxis, die vor allem eine verstärkte Aufmerksamkeit für den Klimaschutz und die Nachhaltigkeit bewirken solle. Aus diesem Grunde habe die SPD-Fraktion keine Einwände gegen den Antrag; gleichwohl reiche ihr ein Beschluss des CDU-Antrages aus.

KA Köster kündigt einen Ergänzungsantrag zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an. Zusätzlich zum darin enthaltenen Beschlussvorschlag solle folgender Passus eingefügt werden: „Der Kreis Mettmann verpflichtet sich, die beschlossenen Richtlinien zum Klimaschutz auch in seinen eigenen 85 Liegenschaften bei Einhaltung notwendiger Sozialstandards zeitnah umzusetzen“. Als Begründung führt KA Köster aus, dass der Klimaschutz für seine Fraktion sehr wichtig sei und er daher nicht nur relativ unverbindliche Absichtserklärungen zum Klimaschutz beschließen wolle, sondern die Vorhaben mit ernsthaften Konsequenzen als konkrete Umsetzung mit aktivem Handeln verbinden wolle.

KA Dr. Stapper verliest eine Erklärung, in der er die Hintergründe des Antrages seiner Fraktion erläutert. Er betont die Wichtigkeit, Entscheidungen mit Klimarelevanz in den Fokus zu rücken, um mögliche Alternativen zu evaluieren. Der Antrag der CDU-Fraktion beziehe sich auf den Grundsatz der Nachhaltigkeit und der Generationengerechtigkeit, jedoch nicht ausdrücklich auf die Klima- und Umweltrelevanz. Dies sei in seinen Augen ein Schwachpunkt. Weiter fordert KA Dr. Stapper einen Paradigmenwechsel mit einer wesentlich stärkeren Fokussierung auf den ÖPNV. Den Begriff eines Notstandes schlägt er vor zu vermeiden, welches seinen Appell auch an höhere Instanzen, mit dem Umdenken zu beginnen, nicht schmälere. Prinzipiell sei der aktuelle Wettbewerb der Ideen in der Klimaschutzdiskussion sehr wünschenswert.

KA Dr. Pannes spricht sich gegen den Antrag der Gruppe PIRATEN aus. Aus ihrer Sicht habe die Politik den Auftrag, Hoffnung zu schaffen und keinen Notstand auszurufen. Insbesondere aufgrund der historischen Bedeutung eines Notstandes und der mit dieser Begrifflichkeit verbundenen Assoziationen erachte sie den Antrag kritisch. Gleichwohl habe sie das Anliegen des Antragstellers erfasst und schlage vor, den CDU-Antrag um den Passus der Klimarelevanz zu erweitern, sodass der Beschlussvorschlag wie folgt laute:

„Daher sollen die ethischen Grundsätze der Klimarelevanz, der Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit als neues Entscheidungskriterium der Kreispolitik eingeführt werden. Der Landrat wird deshalb beauftragt, das jeweilige Deckblatt um einen entsprechenden weiteren Punkt zu erweitern.“

KA Schulte erinnert an das unter Tagesordnungspunkt 5 beschlossene Motto des ersten Ehrenamtspreises, Umwelt und Nachhaltigkeit, welches den Konsens des Kreistages bezüglich eines in allen Facetten umweltgerechten Handelns unterstreiche. Die Verwaltung nun mit der Erstellung einer zusätzlichen Vorlage – wie im Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gefordert – zu beauftragen, obwohl die Zielrichtung bereits eindeutig sei, erachte er für überflüssig.

KA Völker stimmt den Ausführungen zu und verweist zudem auf das Klimaschutzkonzept. Ziel der Politik müsse es sein, eine Abwendung des Notstandes mit den verfügbaren Mitteln – unter Beachtung von Solidarität und Praktikabilität – zu bewerkstelligen.

KA Lessing führt aus, dass vor diesem Hintergrund ein Kompromiss möglich sein sollte.

Auf Nachfrage von KA Dr. Stapper bestätigt KA Völker, dass nur der dickgedruckte Text des CDU-Antrages für die Abstimmung relevant sei und die Begründung nicht beschlossen werde.

KA Hagling zeigt sich empört über die andauernde Diskussion, obwohl ein grundsätzlicher Konsens über die Zielrichtung eindeutig bestehe. Sie betont die Wichtigkeit des Handelns für die Umwelt und die zukünftigen Generationen und schlägt vor – sofern aktuell keine Einigung über die Anträge erlangt werden könne – über die Sommerferien an einer gemeinsamen Lösung zu arbeiten.

KA Dr. Ibold beantragt eine Sitzungsunterbrechung. Der Kreistag stimmt der Unterbrechung nach Anhörung von KA Küppers, der sich vorab bereits gemeldet hatte, zu.

KA Küppers wirbt noch einmal für die von seiner Gruppe beantragte Resolution und nennt einige Beispiele von Städten und Kreisen, die diese Resolution bereits beschlossen hätten. Es sei ihm wichtig, ein Zeichen für den Klimaschutz zu setzen.

Die Sitzung wird um 18.04 Uhr unterbrochen.

Landrat Hendele eröffnet die Sitzung um 18.11 Uhr erneut.

KA Dr. Ibold zeigt sich mit dem dickgedruckten Beschlussvorschlag des CDU-Antrages – ergänzt um die Klimarelevanz – einverstanden und zieht daher den Antrag seiner Fraktion zurück. Er betont abschließend, dass sich sein Einverständnis ausschließlich auf den dickgedruckten Teil des Antrages und nicht auf die anderen Ausführungen beziehe.

Landrat Hendele stellt fest, dass sich durch das Zurückziehen des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine Abstimmung über den Ergänzungsantrag der Fraktion DIE LINKE. erübrigt habe.

Es folgt zunächst die Abstimmung über den Antrag der Gruppe PIRATEN mit folgendem

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Kreis Mettmann unterstützt die Resolution zur Ausrufung des Climate Emergency («Klimanotstand») [1] gemäß der Seite 2 dieses Antrags.

#### **Abstimmungsergebnis:**

##### **mehrheitlich abgelehnt**

31 Nein-Stimmen der CDU Fraktion  
19 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion  
8 Ja- Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
4 Nein-Stimmen der FDP-Fraktion  
2 Nein-Stimmen der Fraktion UWG-ME  
2 Enthaltungen der Fraktion DIE LINKE.  
2 Ja-Stimmen der Gruppe PIRATEN  
1 Nein-Stimme KA Schwierzke  
1 Nein-Stimme Landrat Hendele

Anschließend folgt die Abstimmung über den modifizierten Antrag der CDU-Fraktion mit folgendem

**Beschlussvorschlag:**

Daher sollen die ethischen Grundsätze der Klimarelevanz, der Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit als neues Entscheidungskriterium der Kreispolitik eingeführt werden. Der Landrat wird deshalb beauftragt, das jeweilige Deckblatt um einen entsprechenden weiteren Punkt zu erweitern.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

bei 2 Enthaltungen der Fraktion DIE LINKE.